

Rede zum 1. Mai 2021 in Einbeck
DGB-Motto „Solidarität ist Zukunft“
Werner Steuer, Gewerkschaft der Polizei Niedersachsen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lieber Frank,

„Solidarität ist Zukunft“! Danke, dass ich heute hier als Vertreter der Gewerkschaft der Polizei zu diesem Motto sprechen darf.

Bundesweit hat der DGB zirka 6 Millionen Mitglieder. Da sind wir als GdP eher eine der kleineren Mitgliedsgewerkschaften. Aber wir sind stolz darauf, seit 1978 dem Deutschen Gewerkschaftsbund anzugehören.

Bundesweit organisieren wir in der Polizei fast 200.000 Menschen. Allein in Niedersachsen sind es rund 15.000 Polizeibesetzte, für die sich die GdP engagiert.

Wir sind mit Abstand die größte Interessenvertretung aller Menschen in der Polizei – wir vertreten die Interessen unserer Tarifbeschäftigten und unserer Beamten.

Bedeutung 1. Mai

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 1. Mai, am Tag der Arbeit, gehen wir alle auf die Straße und setzen uns für die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein. Wir zeigen auf, wo die Missstände liegen. Anzupacken

- beim Arbeitsschutz,
- den Ausbildungsbedingungen,
- dem Kampf gegen Niedriglöhne, über
- Investitionen in eine nachhaltige Wirtschaft,
- eine gerechte Steuerpolitik, hin zu einer
- fairen Globalisierung und einem solidarischen Europa!

Dieser Tag ist aber auch für die Polizei ein Tag voller Einsätze. Bei jeder Mai-Demo ist die Polizei - wie auch heute - mit dabei und schützt friedliche Demonstrationen. Leider – und das muss ich an dieser Stelle auch erwähnen – ist der 1. Mai in vielen Großstädten oft ein Einsatztag, an dem auch die Steine fliegen.

Es ist wie so oft: Einige Unverbesserliche nutzen Demonstrationen, um Gewalt auszuüben. Die Polizei versucht dann unter dem Einsatz ihrer Gesundheit, eine weitere Eskalation der Lage zu verhindern und allen friedlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu ermöglichen, dass sie ihr Grundrecht auf Versammlungsfreiheit weiter ausüben können. **Gewalt – von welcher Seite auch immer – ist kein demokratisches Mittel zur Durchsetzung der eigenen Interessen. ---**

Insofern hat der 1. Mai für die Polizei zwei Seiten: Zum einen muss und will sie friedliche Demonstrationen gewährleisten und gegen Gewalt vorgehen. Zum anderen stecken in der Uniform auch Mütter, Väter, Kinder, Onkel, Tanten – **Menschen (!)** – die an diesem Tag auch gerne mit ihren Kolleginnen und Kollegen aus dem DGB gewaltfrei auf der Straße demonstrieren und sich solidarisch zeigen wollen. Denn: Solidarität ist Zukunft! ---

Mängel in der Polizei

Wir als GdP, als Gewerkschaft der Polizei, geben unseren Kolleginnen und Kollegen zusammen mit einem starken DGB genau dafür eine Stimme. Denn auch wir legen bei unserem Arbeitgeber - beim Land Niedersachsen - den Finger in die Wunde.

Besser gesagt: DIE Finger in DIE Wunden, denn es gibt nicht nur Eine.

Die Kolleginnen und Kollegen aus der Polizei – sei es auf der Straße, im Büro, im Technikbereich oder bei Großeinsätzen in der Einsatzküche – gehen tagtäglich an ihr Limit. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag für unsere Gesellschaft – sie leisten unermüdlich 100 Prozent Einsatz für unsere Sicherheit. -

Diese 100 Prozent erfordern aber auch eine vernünftige Arbeitsumgebung! Und die Arbeitsumgebung ist die erste entscheidende Wunde, in die wir als GdP den Finger legen. Im Bereich der Liegenschaften gibt es Millionen-Defizite, die in den vergangenen Jahrzehnten aufgelaufen sind und die wir mit Blick auf den kommenden Haushalt auch in den nächsten Jahren nicht beheben werden.

- defekte Sanitäreanlagen,
- Wasserleitungen mit Legionellen-Befall,

- Panzertape gegen undichte Fenster,
- asbestverseuchte Büroräume,
- von Fassaden herabfallende Beton- oder Putzteile,
- all das sind nur einzelne Beispiele.

Die Landesregierung schätzt den Sanierungsstau bei niedersächsischen Polizeigebäuden auf 225 Millionen Euro – ohne Baunebenkosten!

Aber es ist nicht nur die Arbeitsumgebung: Das Innenministerium hat zwar in den vergangenen 7 Jahren durch Stellenhebungen und zusätzliche Einstellungen „über den Durst“ viel dafür getan, der Ruhestandswelle und dem gestiegenen Arbeitspensum im Polizeibereich Herr zu werden. **ABER: Nach dem derzeitigen Haushaltsplanentwurf 2022/2023 war dies alles für die Katz!**

Die Niedersächsische Landesregierung hat für den Polizeihaushalt eine sogenannte globale Minderausgabe festgelegt. Das heißt: Wir müssen sparen! Nur wo? Mit diesem Beschluss sollen rund 160 Vollzeiteinheiten, insbesondere im Tarifbereich, eingespart werden. Die Folge davon wäre, dass in Zukunft wieder Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte für Verwaltungsaufgaben eingesetzt werden müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unsere Polizei ist eine Bürgerpolizei. Unsere Polizei soll Gefahren abwehren und Straftaten verfolgen. Dafür muss unserer Polizei der Rücken von Verwaltungsaufgaben freigehalten werden. Nur so ist sie arbeitsfähig. **Unsere Polizei gehört auf die Straße und nicht in das Büro! ---**

Mit diesem Haushalt haben sich die Koalitionsvereinbarungen von SPD und CDU, die Wartezeit für die erste (!) Beförderung von der Besoldungsstufe A9 zu A10 auf unter 10 Jahre zu reduzieren und die Vereinbarungen für zusätzliche Einstellungen von Personal, in Luft aufgelöst. Genau so sieht Wertschätzung nicht aus! – Deshalb haben wir als GdP am Donnerstag die Kampagne „100 Prozent Einsatz verdienen 100 Prozent Einsatz!“ gestartet. 100 Prozent Einsatz der Kolleginnen und Kollegen erfordern 100 Prozent Einsatz in der Politik! –

Corona-Sparpolitik

Diese Beispiele zeigen ganz klar Probleme auf, die wir alle aus unseren Arbeitsstellen kennen: Es wird gespart ohne Ende - im Zweifel immer am Personal. Wir alle übernehmen Schritt für Schritt immer mehr Aufgaben. Eine zusätzliche Aufgabe hier, ein ergänzendes Formular dort. Schlussendlich wird oft auch fachfremdes Personal eingesetzt, um die anfallende Mehrarbeit irgendwie und durch ein hohes Maß an Improvisation bewältigen zu können.

Unsere Landesregierung folgt mit diesem Haushalt genau dieser Linie. Und das aktuelle Totschlagargument sind die Kosten der Corona-Pandemie.

Wie auch in der Wirtschaft, so darf auch im öffentlichen Dienst die Erholung und die Funktionsfähigkeit nicht durch einen Sparkurs ausgebremst werden! ---

Schauen wir mal auf ganz Deutschland: Es ist schlecht, dass sich der Bundestag und viele Bundesländer selbst verpflichtet haben, die coronabedingt aufgenommenen Schulden schnell wieder zu tilgen. Der Bund will die Corona-Schulden in 20 Jahren zurückzahlen. Das heißt, er wird schon bald jedes Jahr rund **15 Milliarden Euro** in die Tilgung der Schulden stecken müssen. Dieses Geld wäre anderswo deutlich besser aufgehoben. Zumal die Zinsen derzeit und auf lange Sicht so niedrig sein werden, dass die Schulden den Staat überhaupt nichts kosten! Die Tilgungspläne für die aufgenommenen Schulden sollten unbedingt verlängert werden. Das nimmt den Druck, jedes Jahr viel Geld in die Schuldentilgung zu stecken, das dann an anderer Stelle fehlt.

Personalnotstand

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Corona-Krise wirkt wie ein Brandbeschleuniger bei altbekannten Versäumnissen: Rettungsdienste, Polizei, Jobcenter, Schulen, Kitas, Krankenhäuser, Gesundheitsämter – im vergangenen Jahr und auch jetzt noch herrscht für die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst der absolute Ausnahmezustand. Auch der Druck der Schuldenbremse in den vergangenen Jahren hat dazu geführt, dass vor allem beim Personal gespart wurde – das rächt sich jetzt.

An vielen Stellen fehlt Personal und die richtige Ausstattung. Gerade in den Gesundheitsämtern wird dies in der Corona-Pandemie deutlich. Nach dieser Krise

sollten es alle verstanden haben: Wir brauchen eine stabile öffentliche Infrastruktur, wir brauchen eine gute Personalausstattung im öffentlichen Dienst.

Die Leidtragenden der löchrigen Personaldecke sind die vorhandenen Kolleginnen und Kollegen. Selbst das Alltagsgeschäft ist oft nur noch mit Ach und Krach zu meistern. Über die mangelhafte IT-Ausstattung insbesondere in unseren kommunalen Ämtern möchte ich gar nicht reden

Für uns ist klar: Wir wollen gute Arbeit im öffentlichen Dienst und starke öffentliche Dienstleistungen!

Bildung, Gesundheit, Verwaltungsleistungen und Kultur sind keine Waren! **Das alles sind die Voraussetzungen für ein gutes Leben von uns allen!** Corona hat gezeigt: Auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst halten den Laden am Laufen, auch und gerade in Krisensituationen.

Auch hier gilt: Solidarität ist Zukunft! –

Was jetzt folgen muss, ist die Neujustierung staatlicher Aufgaben. Dabei muss insbesondere die Personalausstattung Thema sein. Schlecht ausgestattete Behörden bremsen wichtige Investitionen.

Beispiel Bauverwaltung: Ohne ausreichend Personal können Bauanträge nicht schnell genug bearbeitet werden und notwendige Bauvorhaben bleiben liegen.

Ähnlich düster sieht es bei kommunalen Einrichtungen – Sportstätten, Schwimmbädern, Museen, Jugendzentren und Frauenhäusern – aus. Diese kommunalen Dienstleistungen wurden mancherorts gänzlich dem Rotstift geopfert. Ganze Regionen verlieren dadurch an Lebensqualität und werden allmählich abgehängt.

Ländlicher Raum

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
gerade wir hier in Südniedersachsen kennen in unseren ländlichen Kommunen solche Sparmaßnahmen leider nur zu gut. Was ist die Folge? Der größte Teil unserer Jugend wandert in die Städte ab, um dort zu arbeiten und muss nach monatelanger Wohnungssuche mit einem Mietzins klarkommen, der immer öfter 50 Prozent des Gesamteinkommens verschlingt. Es ist ein Teufelskreis.

Und auch hier sollten die Länder und der Bund mehr Solidarität mit unseren ländlichen Kommunen zeigen. Nicht jeder will und kann in der großen und hippen Stadt wohnen. Unser ländlicher Raum, unsere Natur, unsere Vereine haben uns geprägt und leisten einen großen Beitrag für die Sozialisierung unserer Kinder. Unser ländlicher Raum steht für eine Gemeinschaft, in der Werte wie Solidarität, Hilfsbereitschaft und Verlässlichkeit gelten. Hier herrscht ein großes Miteinander und keine Anonymität wie in der Stadt, in der man noch nicht einmal weiß, wie eigentlich der Wohnungsnachbar auf derselben Etage heißt. --

Auch hier gilt für den Bund und für das Land: Wir brauchen mehr Solidarität mit finanzschwachen Kommunen, um deren Attraktivität zu erhalten. Wir brauchen Schulen und Kindertagesstätten vor Ort. Wir brauchen Supermärkte und Ärzte in örtlicher Nähe.

Wir brauchen auch unsere Polizei vor Ort. Eine Polizei, die für die Menschen da ist. Ich bin froh, dass das Innenministerium auf eine dezentrale Bürgerpolizei vor Ort setzt. Nichtsdestotrotz sehen wir auch immer häufiger, dass an den Dienststellen orange Notrufräster angebracht werden, weil die Kolleginnen und Kollegen mangels Personal die Dienststelle nicht besetzen können und abschließen müssen, wenn sie Streife fahren. Das darf nicht der Regelfall werden. Dieser Entwicklung müssen wir entgegenwirken.

Für all das brauchen wir mehr Solidarität mit dem ländlichen Raum, denn: Solidarität ist Zukunft! ---

Querdenker

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
die Corona-Pandemie ist eine enorme Belastung für unsere Gesellschaft. Sie zeigt uns zum einen wie unter einem Brennglas, welche Ungerechtigkeiten und Probleme existieren; zum anderen verschärft sie viele dieser Konflikte. Dabei sind es häufig die ohnehin Benachteiligten, die von der Krise und ihren Folgen mit der größten Härte und Wucht getroffen werden – Menschen in prekärer Arbeitsverhältnissen, Beschäftigte in der Altenpflege, Kinder aus bildungsfernen Haushalten oder Frauen, die häufig wieder verstärkt in alte Rollenmuster gedrängt werden.

Es ist nachvollziehbar, wenn viele Menschen in diesem Land gestresst und frustriert sind, Ängste und Sorgen haben und die Krisenpolitik der Bundesregierung kritisch

hinterfragen. Kritisches Hinterfragen ist eine der wichtigsten Säulen unserer Demokratie. Wir haben gesehen, dass Impfstoff- und Schnelltestbeschaffung nicht gerade optimal gelaufen sind. Wir haben gesehen, wie sehr der öffentliche Dienst und die öffentliche Daseinsvorsorge kaputtgespart wurden.

Kritik an der Krisenpolitik hat aber dort eine Grenze, wo die Gesundheit und das Leben Anderer gefährdet werden. -- Wer das Virus und seine Gefahren schlicht leugnet und darauf pocht, sich an keine Abstands- und Hygieneregeln halten zu wollen, kritisiert nicht die staatliche Autorität, sondern ist nur rücksichtslos, egoistisch und unsolidarisch. --

Für uns Gewerkschaften war jederzeit klar: Niemand darf das Gefühl haben, dass die eigenen Bedürfnisse in der aktuellen Krisenpolitik keine Rolle spielen. Wir haben immer für eine solidarische Krisenpolitik gekämpft. Und wir haben uns von Anfang an dafür eingesetzt, die Folgen der Pandemie für alle abzumildern und niemanden allein zu lassen. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, allen die Hilfe und Unterstützung zukommen zu lassen, die sie brauchen und die Kosten der Krise gerecht zu verteilen. Wir haben die Ärmel hochgekrempt und machen uns für Alle stark.-

Während sogenannte Querdenker gesundheitliche Risiken geleugnet und zehntausende Tote einfach ignoriert haben, haben wir uns aktiv für besseren Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz eingesetzt.

Während diese auf ihren Demos ohne Maske und ohne Abstand die Gesundheit und das Leben vieler Menschen gefährdet haben, haben wir Rücksicht genommen und die Schwächsten der Gesellschaft geschützt.

Während die Querdenker ihren Egoismus und ihre Rücksichtslosigkeit auf die Spitze getrieben haben, haben wir bewiesen, wie man solidarisch durch die Pandemie kommt.

Während sie Verschwörungstheorien verbreitet und gegen vermeintliche Sündenböcke gehetzt haben, haben wir uns ganz konkret für eine Verbesserung der Lage vieler Menschen eingesetzt! --

Meine Kolleginnen und Kollegen aus der Polizei halten für den Schutz von uns allen jeden Tag auf der Straße ihren Kopf hin und riskieren ihre Gesundheit und die der eigenen Familie.

Wie fühlt man sich als Polizistin oder Polizist, wenn man eine Demo oder einen vermeintlich harmlosen „Spaziergang“ von sogenannten Querdenkern begleiten muss, von denen die wenigsten eine Maske tragen und einem oft hasserfüllt entgegentreten? Was passiert, wenn meine Kolleginnen und Kollegen einen Platzverweis aussprechen oder die Identität einer Person feststellen müssen und sich diese Person weigert?

Dann müssen diese Maßnahmen oft nach langwierigen und müßigen Diskussionen mit Zwang durchgesetzt werden. Die Polizei muss schließlich auch hier ihrem gesetzlichen Auftrag nachkommen. Das bedeutet gleichzeitig aber auch, dass eine Situation entsteht, in der es keinen Abstand gibt. Es wird gekratzt und gespuckt, geschlagen und geschubst. Und wer zahlt hinterher die Zeche, wenn herauskommt, dass die festgenommene Person infiziert war? Wer muss seiner Familie und seinen Kindern zu Hause erklären, warum jetzt keiner das Haus oder die Wohnung verlassen darf und sich alle in Quarantäne befinden? Es sind meine und unsere Kolleginnen und Kollegen!

Natürlich ist nicht nur die Polizei von solchen Situationen betroffen. Von der Reinigungskraft über die Verkäuferin und den Verkäufer im Supermarkt bis hin zu allen Mitarbeitenden im Gesundheitssystem – es trifft uns alle, wenn sich Menschen in dieser Situation rücksichtslos und unsolidarisch verhalten.

Aus dieser Pandemie kommen wir nur heraus, wenn wir zusammenhalten. In dieser Krise ist Solidarität unsere Zukunft! ---

Rechtsextreme

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
niemand darf die Pandemie als Vorwand nehmen, um Demokratieverachtung, Verschwörungserzählungen, Antisemitismus und Hass Gehör zu verschaffen. Unter dem **Deckmantel** der Verteidigung von Grundrechten und Freiheit hat sich im letzten Jahr eine gefährliche Mischung aus Rechtsextremisten, Reichsbürgern, Verschwörungstheoretikern, Impfgegnern und Esoterikern zusammengefunden, um ihre unsolidarische Hetze zu verbreiten. Wer gemeinsam mit Rechtsradikalen auf die

Straße geht, um gegen die Corona-Maßnahmen zu demonstrieren, verteidigt nicht die Demokratie, sondern greift sie an! -

Auch heute stehen sie wieder hier in Einbeck. Die ewig Gestrigen. Die, die Hass und Hetze verbreiten. Hier im Bereich Northeim, Hildesheim und Braunschweig stellt die Partei „Die Rechte“ mit ihren rechtsextremen und gewalttätigen Aktionen immer wieder unter Beweis wie menschenverachtend sie ist. Anfang letzten Jahres führten diese Rechtsextremen eine Veranstaltung unter dem Motto „Neuer Wind für unsere Region“ durch. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen einen Wind – **und zwar einen, der diesen Nazis mächtig entgegenweht! ---**

Es kann nicht sein, dass unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger durch Angehörige dieser Szene beleidigt, bedroht oder gar verletzt werden. Wir dürfen es nicht zulassen, dass Menschen, die sich in dieser Region ehrenamtlich für Geflüchtete einsetzen, um ihre Gesundheit und ihr Hab und Gut fürchten müssen. Inzwischen haben Hass und Hetze insbesondere in den Blasen der Sozialen Netzwerke in vielen Bereichen des Ehrenamts und der Kommunalpolitik Einzug gefunden.

Ich habe den Eindruck, dass sich in den vergangenen Jahren unter dem Schutz der Anonymität der Sozialen Netzwerke eine Sprache entwickelt hat, die immer öfter zu Taten wird. Diese Sprache gibt es nun nicht mehr nur in diesen Blasen. Sie hat Einzug auf unsere Straßen gefunden.

Diese Sprache diffamiert. Diese Sprache hasst. Und, diese Sprache hetzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lasst uns gemeinsam dagegen angehen. Nur gemeinsam und indem wir laut auf die Straße gehen, können wir dagegenhalten. -

Lasst uns solche Bedrohungen nicht hinnehmen. Jede Tat muss konsequent bei unseren Sicherheitsbehörden angezeigt werden. Nur so können wir diesen Hass und diese Hetze in die Schranken weisen.

Unsere gewerkschaftlichen Netzwerke und unsere Solidarität sind unsere Zukunft! --

AfD

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der Krise haben die Rechtspopulisten in Deutschland und auf der ganzen Welt auch bewiesen, wie unfähig sie sind und wie gefährlich ihre Politik ist. Überall, wo sie in der Verantwortung standen, sind die Auswirkungen der Krise verheerend. Anstatt schnell und konsequent Schutzmaßnahmen zu ergreifen, haben beispielsweise Trump in den USA und Bolsonaro in Brasilien die Pandemie verharmlost und ignoriert. Die schreckliche Folge sind hunderttausende Tote! Auch hierzulande verbreiten Rechtspopulisten Fake News und reden die Gefahren klein, um wichtige Schutzmaßnahmen verächtlich zu machen.

Die AfD hat sich diesen Corona-Leugnern angeschlossen. Bei der damaligen Abstimmung über das Infektionsschutzgesetz ließen Abgeordnete der AfD vermeintliche „Besucher und Besucherinnen“ in den Bundestag, die demokratische Abgeordnete massiv bedrängten. Eine bis dahin nie dagewesene Verletzung unserer demokratischen Streitkultur!

Der angeblich aufgelöste „Flügel“ der AfD hat einen immensen Einfluss; die sogenannten „Gemäßigten“ dienen nur noch als bürgerliches Feigenblatt.

Egal, ob der Verfassungsschutz die AfD nun als Verdachtsfall führen darf oder nicht: wir machen deutlich, was sie ist:

Eine Partei die offen agierende Neonazis in ihren Reihen duldet!

Eine Partei, die den völkischen Rassismus in ihrem Stammbuch hat!

Eine Partei, die für die Bundestagswahl ein Wahlprogramm hat, dass den EU-Austritt von Deutschland fordert, den Ausstieg aus dem Euro und die Einführung von Grenzkontrollen.

Die Corona-Pandemie hat das wahre Gesicht dieser Rechtspopulisten gezeigt: keine Konzepte, kein Mitgefühl, keine Solidarität und keine Bereitschaft, die Realität zur Kenntnis zu nehmen. Der Rechtspopulismus ist keine Alternative, sondern schlicht und ergreifend eine Gefahr.--

Der GdP Bundesvorstand hat im März dazu nochmals eine klare Botschaft verfasst: „Wer unser Zusammenleben in Frage stellt oder angreift, ist bei der GdP unerwünscht!“ - so steht es im Unvereinbarkeitsbeschluss zur AfD.

Damit zeigen wir als Gewerkschaft eine ganz klare Haltung gegen Hass, Hetze und Gewalt! Wir wollen keine Zusammenarbeit mit der AfD und anderen rechtsradikalen oder -extremen Organisationen und Gruppen!

AfD-Mitglieder haben keinen Platz in unseren Gewerkschaften! --

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wir stehen hier heute gemeinsam und friedlich, aber laut und gleich noch mit toller Musik zusammen und stellen uns gegen Rechtsextreme und querdenkende Spinner. Dieser Tag ist der Tag unserer Gewerkschaften. Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass auch in den bevorstehenden Kommunalwahlen die rechten Spinner keine Chance in unseren kommunalen Parlamenten haben.

Wir stehen für ein friedliches und gleichberechtigtes Miteinander.

Denn nicht Ausgrenzung oder Hass und Hetze, sondern Solidarität ist unsere Zukunft! ---